

## Niederschrift

### 9. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 10.02.2020
<b>Sitzungsbeginn</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende</b>	20:33 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

#### Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn

Herr Felix Frahm

Herr Raimund Schulz

Herr René Bülow

Frau Angelika Hahn-Fricke

Herr Marek Krysiak

Herr Joannis Stasinopoulos

Herr Harald Becker

Frau Diane Brüggemann

Herr Uwe Gade

Herr Peter Stoltenberg

Herr Dr. Axel Holtz

Vertretung für: Frau Maren Berger

Herr Holger Weihe

Herr Detlev Kannapinn

Vertretung für Herrn Vollmer bis  
19:05 Uhr  
ab 19:05 Uhr

Herr Michael Vollmer

Herr Hartmut Heidrich Kreissenorenbeirat

Frau Ute Algier

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Herr Toni Köppen

Herr Henning Wulf

ab 19:10 Uhr

Herr Nero Kreiswehrführer

Herr Reis RKiSH

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,  
Verbraucherschutz

Herr Petry FDL Infektionsschutz und umweltbezogener  
Gesundheitsschutz

Frau Schröder FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten

Herr Wieske Protokollführer

## Abwesende:

Frau Maren Berger

-

## **Tagesordnung:**

### **(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
  - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
  - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2019
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 4 Berichte der Verwaltung
  - 4.1 Bericht der RKiSH zur Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Segeberg
  - 4.2 Bericht der Kreiswehrführung zur investiven Zuweisung des Kreises an den Kreisfeuerwehrverband für die Beschaffung von Löschdecken und Systemtrennern für die Feuerwehren im Haushaltsjahr 2020
  - 4.3 Sachstandsbericht zur Organisationsentwicklung in der Heimaufsicht des Fachdienstes 32.00  
Vorlage: DrS/2020/031
  - 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2019  
Vorlage: DrS/2020/002
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Informationen und Anfragen
  - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

## **Protokoll:**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

## **zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

## **zu 2 Formalien**

### **zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Dr. Holtz merkt an, dass am heutigen Termin über das Thema „Einführung einer Gemeindeschwester“ beschlossen werden hätte sollen, das Thema jedoch auf der Tagesordnung fehle. Laut Beschlussvorschlag des OVG-Ausschusses vom 04.11.2019, unter TOP 5.1, obliege der Beschluss diesem Ausschuss. Die Vorsitzende sagt zu, das Thema auf die Tagesordnung des nächsten OVG-Ausschusses zu setzen, sobald ihr dazu weitere Informationen aus der Verwaltung vorlägen. Die Tagesordnung wird anschließend wie folgt genehmigt:

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>1</b>		<b>12</b>

### **zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2019**

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben, diese gilt damit als genehmigt.

## **zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung**

Es erfolgt keine Beratung oder Beschlussfassung.

## **zu 4 Berichte der Verwaltung**

### **zu 4.1 Bericht der RKiSH zur Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Segeberg**

Herr Michael Reis, Geschäftsführer der RKiSH, berichtet über die Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Segeberg in Form einer Präsentation. Die Präsentation ist Anlage des Protokolls.

Im Rahmen der Präsentation wirbt Herr Reis für den geplanten Standort einer Weiterbildungsakademie in Kaltenkirchen. Diese solle gemeinsam mit dem Neubau einer Rettungswache entstehen. Er appelliert an den Ausschuss, sich für den dazu notwendigen Grundstücksverkauf einzusetzen.

Nachdem Herr Reis auch über „Unebenheiten“ mit der Leitstelle in Norderstedt berichtet, möchte Herr Gade genauere Ausführungen haben, da in diesem Jahr mit der Stadt Norderstedt Preisverhandlungen anstehen. Herr Gade befürchtet, dass diese Dinge auch Auswirkungen auf den zu zahlenden Preis haben könnten. Herr Reis erläutert daraufhin, dass ein Softwareupdate („Cobra 4“) anstehe.

Herr Reis berichtet ebenfalls über die Ausbildungssituation bei der RKiSH. Bei der RKiSH seien 88 Ausbildungsplätze vakant. Diese zu besetzen sei schwierig. Der RKiSH lägen jedoch um die 1000 Bewerbungen vor. Herr Dr. Holtz möchte dazu wissen, warum es bei der hohen Anzahl an Bewerbungen so schwierig sei, die 88 Ausbildungsplätze zu besetzen. Dazu merkt Herr Reis an, dass von den 1000 Bewerbern viele wieder abspringen, da diese sich parallel auch in anderen Berufszweigen bewerben. Zudem sei ein großer Anteil nicht oder schlecht für die Ausbildung geeignet. Um die 88 Ausbildungsplätze ordentlich besetzen zu können, sei eine entsprechend hohe Anzahl von Bewerbern notwendig.

#### **zu 4.2 Bericht der Kreiswehrführung zur investiven Zuweisung des Kreises an den Kreisfeuerwehrverband für die Beschaffung von Löschdecken und Systemtrennern für die Feuerwehren im Haushaltsjahr 2020**

Herr Schröder erläutert kurz die Hintergründe des Vortrags des Kreiswehrführers. Das Thema sei erst nach der letzten Sitzung des OVG-Ausschusses in der Lenkungsgruppe über das Investitionsförderungsprogramm entstanden und konnte daher vorher im OVG Ausschuss nicht behandelt werden.

Daraufhin stellt Kreiswehrführer Jörg Nero die geplanten investiven Maßnahmen vor. Konkret gehe es dabei um die Beschaffung von Systemtrennern und Löschdecken für die Wehren im Kreis Segeberg.

Die Präsentation konnte aus technischen Gründen nicht gezeigt werden, befindet sich jedoch als Anlage zum Protokoll.

Herr Becker merkt an, dass bei der Entscheidung, welche Systemtrenner beschafft werden, vergaberechtliche Belange berücksichtigt werden müssten und somit auch ein anderes System als das präsentierte die Ausschreibung gewinnen könnte.

Herr Dr. Holtz möchte wissen, ob die neuen Systemtrenner gesetzlich vorgeschrieben seien. Daraufhin erläutert Herr Nero, dass neue Feuerwehrfahrzeuge grundsätzlich mit diesen Systemtrennern ausgestattet werden müssen, alte Geräte jedoch weiterhin für einen Übergangszeitraum verwendet werden können.

Frau Hahn-Fricke kritisiert die Nichteinbindung des OVG-Ausschusses vor der Entscheidung über Zuweisungen. Herr Schröder erläutert daraufhin, dass die Zuwei-

sung termingerecht im Haushaltsplan veranschlagt werden musste. Eine Sitzung des OVG Ausschusses fand vor diesem Termin jedoch nicht mehr statt. Eine Vertagung der Entscheidung sowie die Einbindung des OVG-Ausschusses war somit nicht mehr möglich.

Herr Becker weist nach eigenen Informationen darauf hin, dass die Beschaffung der Löschdecken im Hinblick auf steigende Zulassungszahlen von E-Autos zu lange dauere. Herr Becker möchte vom Kreiswehrführer wissen, ob die Beschaffung beschleunigt werden könne. Herr Nero verweist auf die Verwaltung, welche vergaberrechtliche Vorschriften einzuhalten habe. Herr Schröder bestätigt dieses und benennt den Zeitpunkt der Beschaffung auf frühestens Mitte 2020.

Herr Dr. Holtz möchte vom Kreiswehrführer wissen, ob er von dem Produkt der Löschdecke vollends überzeugt sei. Herr Nero betont, dass die Decke derzeit das kostengünstigste, sicherste und auch von den Wehren am einfachsten zu bedienende Hilfsmittel zur Löschung von E-Autos sei. Gerade im Hinblick auf kleine Ortswehren habe ihn das Produkt überzeugt.

In dem Bericht stellt Herr Nero eine Alternative zur Löschdecke vor. Hierbei handele es sich um einen Container zur Löschung von E-Autos. Herr Frahm möchte wissen, ob es sich um eine wirkliche Alternative zur Löschdecke handele. Der Kreiswehrführer erklärt, dass der Lösch-Container in Tiefgaragen und unter Hochspannungsleitungen auf Grund der dort begrenzten Höhe ungeeignet sei. Dieser sei somit nicht so variabel einsetzbar wie die Löschdecke.

Herr Vollmer kritisiert, dass die Entwicklung von E-Autos auf Grund der derzeitigen umweltpolitischen Diskussionen wenig durchdacht und hauptsächlich durch den Faktor „Zeit“ bestimmt werde. Dadurch würde auch die Feuerwehr nicht bei der Entwicklung der Fahrzeuge mit eingebunden werden. Herr Nero merkt dazu an, dass die Wehren schneller an die Fahrzeugdatenblätter der Kfz-Hersteller gelangen müssten, um einen Löschvorgang zu vereinfachen.

Die Vorsitzende merkt an, dass die Halter von Elektroautos mehr über Brandgefahren ihrer Fahrzeuge aufgeklärt werden müssten.

Herr Frahm erkundigt sich, wer für eine Löschdecke aufkomme, wenn diese beim Brand beschädigt wurde. Herr Nero erläutert, dass in solchen Fällen die Verursacher für den Schaden aufkommen müssten, also die Fahrzeughalter über deren Kfz-Ver-sicherung.

Herr Nero beantwortet weitere Fragen des Ausschusses zu aktuellen Themen.

**Pause 19:45 – 20:05 Uhr**

**zu 4.3 Sachstandsbericht zur Organisationsentwicklung in der Heimaufsicht des Fachdienstes 32.00**  
**Vorlage: DrS/2020/031**

Herr Schröder berichtet auf Grundlage der Vorlage über den Sachstand der Organisationsentwicklung in der Heimaufsicht des Fachdienstes 32.00.

Herr Wulf möchte dazu wissen, welche Erfahrungen anderer Heimaufsichten, z.B. aus Kiel, einfließen. Herr Schröder erläutert, dass man im fachlichen Austausch mit anderen Heimaufsichten stehe. Die Teamleitung werde bei anderen Heimaufsichten hospitieren und die gewonnenen Erkenntnisse sollen dann in die Arbeit einfließen. Über den weiteren Fortgang wird im Ausschuss berichtet.

Herr Krysiak erkundigt sich über die Krankheitsquote im Fachdienst 32.00, Heimaufsicht. Herr Schröder erläutert, dass aktuell eine Vollzeitstelle längerfristig ausfalle.

Frau Hahn-Fricke lobt abschließend den Sachstandsbericht, da so die Mitglieder des Ausschusses gut über den aktuellen Sachstand informiert seien.

**zu 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2019**  
**Vorlage: DrS/2020/002**

Herr Schröder stellt den Schlüsselkennzahlenbericht IV/2019 vor.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Holtz erklärt Herr Petry die Hintergründe zum Ziel „Hinwirken auf eine infektionshygienische Unbedenklichkeit“

Herr Schulz erkundigt sich über die Finanzierung von Tierheimen. Die Antwort wird dem Protokoll hinzugefügt.

*In der Regel kümmern sich die Tierschutzvereine um die kommunale Aufgabe der Unterbringung und Pflege von herrenlosen Tieren oder von Tieren, die vom Besitzer ausgesetzt oder diesem abhandengekommen bzw. weggenommen worden sind. Es ist generell üblich, dass Tierheime mit den Kommunen, in denen sie ansässig bzw. zu denen sie benachbart sind, feste vertragliche Vereinbarungen zur Aufnahme von Fundtieren getroffen haben. Diese Vereinbarungen beinhalten, dass diese Tiere über einen Zeitraum von im Regelfall vier Wochen im Tierheim untergebracht werden, bis sie an den Besitzer zurückgegeben werden können. Die Tierschutzvereine greifen ansonsten auf Mitgliedsbeiträge und gelegentliche Spenden zurück. Für Tiere, die aufgrund von Tierschutzproblemen aus ihren Haltungen fort genommen werden, erstatten die für die Fortnahmen zuständigen Behörden (Ordnungsämter bzw. Veterinärämter) sämtliche anfallenden Kosten für die Unterbringung und Pflege dieser Tiere sowie für gegebenenfalls unabweisbar erforderliche tierärztliche Behandlungen. Darüber hinaus gewährt das Land Zuwendungen zur Unterstützung der Leistungen des ehrenamtlichen Tierschutzes für Tierheime und tierheimähnliche Einrichtungen.*

Herr Becker wünscht einen Sachstand zum Thema „Coronavirus“.

Herr Petry gibt an, dass täglich Anrufe und Nachfragen zu dem Thema eingingen und die Anzahl der Anfragen steige. Bisher habe es im Kreis Segeberg drei Ver-

dachtsfälle gegeben. Keiner dieser Fälle wurde bestätigt. Sollte sich eine Erkrankung mit dem Virus bestätigen, würde nach der Verfahrensvorgabe vom Robert-Koch-Institut gehandelt werden. Dazu bestehe ein stetiger Austausch mit dem Land Schleswig-Holstein und dem Robert Koch Institut. Eine Neuerung sei, dass bereits Verdachtsfälle gemeldet werden müssen.

Herr Becker erkundigt sich über die Zuständigkeit bei der Namensgebung von Kreisstraßen. Die Antwort wird dem Protokoll hinzugefügt:

*Die Straßennamensgebung und Hausnummerierung ist in Schleswig-Holstein keine wegerechtliche, sondern eine ordnungs- und kommunalrechtliche Angelegenheit. Sie ist nicht an die Straßenbaulast geknüpft. Straßennamen dienen der Orientierung im Stadt- beziehungsweise Gemeindegebiet und erfüllen eine Ordnungsfunktion für Bürger und Behörden in gleicher Weise. Neben der Ordnungsfunktion kann die Straßenbenennung der Wahrung gemeindlicher Tradition oder der Ehrung verdienter Bürger und Persönlichkeiten dienen. Das Recht, den öffentlichen Straßen (und Plätzen) Namen zu geben, ist eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Gemeinden. Das Benennungsrecht umfasst auch das Recht, bestehende Namen zu ändern. Die Straßenbenennung steht im Ermessen der Gemeinde. Sie hat bei der Wahl des Straßennamens einen weiten Ermessensspielraum. Ein „Recht“ auf einen bestimmten Straßennamen hat der Anlieger nicht. Die Straßennamen müssen eine hinreichende Unterscheidbarkeit gewährleisten. Bei einer Straßenumbenennung sind bestehende Interessen der Anlieger an der Beibehaltung des bisherigen Straßennamens im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen.*

Frau Hahn-Fricke fragt zum Thema hausärztliche Versorgung an und möchte wissen, ob der Koordinator seine Arbeit bereits aufgenommen habe. Die Vorsitzende berichtet dazu, dass eine Pressekonferenz stattgefunden habe und die Arbeit des Koordinators nun anlaufe. Die Vorsitzende sagt zu, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des OVG Ausschusses zu nehmen.

## **zu 5      Verschiedenes**

### **zu 5.1    Informationen und Anfragen**

Herr Schröder informiert darüber, dass die DRK Rettungsdienst gGmbH Klage gegen den Kreis Segeberg wegen Ausgleich der Kosten des Rettungsdienstes erhoben habe. Es handele sich um noch auszugleichende Kosten aus der Durchführung des Rettungsdienstes, die teilweise seit mehreren Jahren von den Krankenkassen als Kostenträger strittig gestellt wurden. Ein Ausgleich der Restforderungen des DRK könne erst erfolgen, wenn die Wirtschaftlichkeit der Durchführung des Rettungsdienstes von den Kostenträgern anerkannt und die Kosten geeint seien. Dies sei und war unabhängig von der mittlerweile erfolgten Übertragung der Durchführung des Rettungsdienstes auf die RKiSH erforderlich. Aktuell liefen die abschließenden Verhandlungen mit den Kostenträgern, an denen die DRK Rettungsdienst Segeberg gGmbH beteiligt sei. Ziel aller Beteiligten in den Verhandlungen sei es, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Zum Thema Leitstelle berichtet Herr Schröder, dass der Vertrag mit der Stadt Norderstedt über die Durchführung des Betriebs einer integrierten Leitstelle für den Kreis Segeberg noch eine Laufzeit bis zum Ende 2024 habe. Der pauschale Kostenbeitrag des Kreises von 250.000 € jährlich sei bis zum 31.12.2020 festgeschrieben. Bis zum 31.03.2020 müssen Verhandlungen über eine Fortschreibung oder Änderung des pauschalen Kostenbeitrags aufgenommen werden. Hierzu habe das erste Gespräch stattgefunden. Herr Gade merkt dazu an, dass die Softwareumstellung in der Leitstelle Norderstedt notwendig sei. Die RKiSH habe dazu ein Pflichtenheft aufgelegt. Frau Hahn-Fricke erkundigt sich zur Kündigungsfrist des Vertrages mit der Stadt Norderstedt. Herr Schröder erklärt, dass eine Kündigung zwei Jahre vor Ablauf der Vertragslaufzeit erfolgen müsse.

Herr Schröder informiert, dass am 01.06.2020 eine neue Verordnung für Taxitarife im Kreis Segeberg in Kraft trete.

Herr Vollmer bittet um Informationen über den Sachstand beim KBA zum Thema Rettungsdienst. Herr Schröder berichtet, dass hier aktuell ebenfalls zwischen Kreis Segeberg, KBA und Krankenkassen verhandelt werde.

Herr Becker erfragt den Sachstand zum Verfahren bezüglich der Fleischbeschaugebühren. Hierzu müsse laut Herrn Schröder die Entscheidung des EUGH abgewartet werden.

## **zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung**

Herr Frahm regt die Genehmigung des Protokolls vom 30.09. als Thema für die nächste Sitzung an.

Herr Dr. Holtz informiert darüber, dass die WI-SE das Thema „Medibus“ als TOP für die nächste Sitzung beantragen werde.

Außerdem solle das Thema „Einführung einer Gemeindeschwester“ behandelt werden.

Die Vorsitzende schlägt für die nächste Sitzung im April einen Außentermin vor. Hierzu werden verschiedene Vorschläge genannt.

## **zu 6 Einwohnerfragestunde II**

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rosemarie Jahn  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Herr Wieske  
(Protokollführung)

